

Erscheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 M., fürs  
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

# Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3 gespaltene Zeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Cederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 13 :. 33. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-  
straße 10b :. Telephon: Uml Moritzplatz, 2120

Berlin, den 28. März 1919

**Inhalt.** Beitragsleistung. Das Verbandsblatt. — Die soziale Wohnungsreform im Dienste der Ledigenfürsorge. — Weiteres aus der Offenbacher Lederwarenindustrie. — Streiklichter einer aufgeregten Zeit. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Adressenänderungen. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 30. März bis 5. April 1919 ist der 14. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

## Das Verbandsblatt.

Durch vereinte Kraft hat der Mensch die Kultur errungen, die er besitzt, und nur durch vereinte Kraft ist auch weiterer Aufstieg möglich. Das wissen wir, und darum haben wir uns ja verbunden in unserem gewerkschaftlichen Verbände, um in gemeinsamer Kraft zu erringen das Ziel unseres wirtschaftlichen Strebens. Und dieses wirtschaftliche Ziel ist zugleich ein Ziel edelsten Gehaltes, voll höchster geistig-seelischer Werte, die das Herz erbauen und mit heiligem Sehnen erfüllen, und darum ist uns auch unser Verband ein unser ganzes Herz erfüllender, herzerfreuender Lebenswert. Zum Glücke gehört uns auch die Organisation unseres Verurs; wir sind so durchdrungen von der Ueberzeugung ihres Wertes, daß es uns ein Lebensbedürfnis ist, ihr anzugehören. Unsere ganze Seele legen wir hinein in unseren Organisationsgedanken, so daß die ganze gewerkschaftliche Bewegung wird zu einer großen, drängenden, seelischen Gesamtgewalt.

Und ihren Ausdruck findet dieses Erleben all der Brüderherzen in unserem gewerkschaftlichen Verbandsblatt. Es ist der Niederschlag all dessen, das sich regte für unser Ziel, das das Hirn erdachte bei all unseren Schwestern und Brüdern, das ihr Herz erfüllte.

Wer darum seinen Verband liebt und glücklich ist in dieser Kampfgemeinschaft, der hängt auch notwendigerweise innig an seinem Verbandsorgan. Schwestern und Brüder sind es, die da zu ihm sprechen. Sie haben zu Hause gelassen, was an menschlichen Schwächen und Fehlern in einem jeden steckt, und ihr Bestes hingegeben ihrem Blatte.

Und dieser geistig-seelische Hauch, der damit von dem Blatte ausgeht, dringt ein in das Fühlen und Denken seiner Leser und erweckt in allen ein großes gemeinsames gleiches Erleben, reißt all die Tausende von Herzen auf zu einem Schlage. Und darum ist das der erhebende Kulturwert unseres Gewerkschaftsblattes, daß es nicht nur gelesen, sondern mit warmem Herzen auch gefühlt wird.

## Die soziale Wohnungsreform im Dienste der Ledigenfürsorge.

Die furchtbare Menschensverwüstung durch den Krieg gibt der Wohnungsfrage eine viel größere tragische Seite als wie sie äußerlich betrachtet erscheint. Was vor dem Kriege für die reaktionären Parteigebilde noch als „übertriebene Sozialpolitik“ angesehen werden konnte, ist jetzt für den Neuaufbau unseres Volkes eine Tagesforderung von strengster ernster Bedeutung geworden. Hunderttausende von Volksgenossen sind aus dem Felde als Kriegsverletzte, als Krüppel oder sonst an der Gesundheit schwer geschädigt zurückgekehrt. Dazu kommen im weiteren die Wirkungen der Hungerblockade auf Körper und Geist bei der Gesamtbevölkerung, die durch die Kriegssphäre sich geradezu als nerven-aufreibend zeigen mußten. Eine zielbewusste Bevölkerungspolitik steht hier vor gewaltigen Aufgaben, die sich zur Schaffung einer neuen Generation nicht in kleintlichen Mitteln erschöpfen kann. Und dabei wird im Auge zu behalten sein, daß Deutschland schon vor dem Kriege mit einem Frauenüberschuß zu rechnen hatte, der 1918 883 800 Personen betrug, so kommt jetzt noch hinzu, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Männer infolge der Kriegserkankungen für die Ehe und Zeugung ausscheiden muß. Das moralische und wirtschaftliche Verantwortlichkeitsgefühl wird dafür Sorge tragen, daß kranke Personen eine Ehe nicht eingehen; die dann also der Zeugung und dem Wohnungsbedürfnis anders gegenüberstehen müssen. Einen Beitrag zu diesen Fragen gibt die „Concordia“ im November 1918, es heißt da:

„Daß die Wohnungsnot schon heute so groß ist, daß der Wohnungsbedarf nach Friedensschluß so über alle Maßen gewaltig sein wird, mag manchen überraschen, der an die Entwicklung unserer Geburten und Sterbefälle im Kriege denkt. Hatten wir doch in den letzten fünf Friedensjahren, d. h. von 1. August 1909 bis zum 31. Juli 1914, bei 9 882 000 Geburten nur 5 258 000 Sterbefälle, also einen Geburtenüberschuß von 4 126 000, während wir für die fünf Jahre vom 1. August 1914 bis zum 31. Juli 1919, gleichviel wann der Friede geschlossen wird, nur mit 5½ Millionen Geburten und, selbst wenn der Friede morgen geschlossen würde, mit rund 7 Millionen Sterbefällen, so werden wir also jetzt mit einem Geburtendefizit von etwa 1½ Millionen zu rechnen haben. Aber durch die Kriegsterbefälle werden nur wenige Wohnungen frei, und der Rückgang der Geburten ist für die Zahl der jetzt benötigten Wohnungen fast ohne Bedeutung. Tatsächlich werden wir trotz geringerer Bevölkerung nach dem Kriege weit mehr Haushaltungen haben als vorher. Wenn nun auch der Geburtenausfall den Wohnungsbedarf in der Gegenwart kaum vermindert, so werden seine Wirkungen in einer späteren Zeit desto stärker sein. Wie unsere Schulen von 1922 ab nur noch den halben Nachwuchs haben werden, wie unsern Arbeitsmarkt von 1930 ab die jugendlichen Kräfte nur spärlicher ausfließen können, so werden die Neubegründungen von Haushaltungen in 20 Jahren plötzlich zurückgehen. Der Minderbedarf an Wohnungen infolge des Geburtenausfalles im Kriege wird dann wenigstens ¼ Millionen betragen. Aber dieser Minderbedarf ist eine spätere Sorge. . . . Die Frage, die uns heute bedrückt und die wir lösen müssen, wenn wir unser Volk nicht noch schwereren Entbehrungen aussetzen wollen, lautet: Wie be-

fettigen wir die Wohnungsnot, unter der wir jetzt schon leiden, und wie verhüten wir die Obdachlosigkeit, die Millionen von Volksgenossen nach Friedensschluß bedroht?“

Aber die Wohnungsfrage besteht für den kranken Volkkörper nicht allein in der Gefahr, daß Tausende von Volksgenossen mit dem Möglichen einer Obdachlosigkeit rechnen können, der doch immerhin durch Notbehelfe wie Barackenbauten usw. entgegen gearbeitet werden kann, sondern, daß bei deren Lösung im sozialen und sittlichen Sinne darauf hingewirkt werden muß, daß auch für alle Teile der Wohnungsbedürftigen die schweren Nachteile des Wohnungswuchers, der Ueberfüllung und der gesundheitsschädlichen Wohnräume vermieden wird. Diese Mißstände erneut mit Zahlen zu belegen ist nicht notwendig. Sehr richtig ist deshalb, wie von autoritativer Seite gesagt wurde: „Der Volkswirt und der Sozialpolitiker, der Geistliche wie der Armenpfleger, der Gemeindevorsteher und der Arbeiterführer, ja auch der aufmerksamste Zeitungsläser sehen die Mißstände Tag für Tag; aber der minderbemittelte Wohnungsmieter fühlt sie am eigenen Leibe.“ Und dabei wird sich immer die alte Erkenntnis bestätigen: Je geringer das Einkommen, desto höher ist der Prozentsatz, der für die Miete angelegt werden muß.

Vor allem ist es die Ueberfüllung der Wohnungen durch Abvermietungen von Wohnräumen und Hergabe von Schlafgelegenheiten, welche den Kleinwohnungsinhaber das eigene Heim verleidet und die Familienfreudigkeit untergräbt und unmöglich macht. Daher auch: Je größer die Zahl der Familie, um so mehr das Zusammendrängen in dem noch vorhandenen Raum; worin dann jeder Winkel ausgenutzt werden muß. Aber schon abgesehen von der sittlichen Gefahr, die durch das Schlafen von erwachsenen Söhnen und Töchtern mit den Eltern in einem Raum entsteht, so wird andererseits, wie die Erhebungen der einzelnen Ortskrankenkassen ergeben haben, auch bei Krankheitsfällen die Gefahr der Ansteckung und dabei sei hier an die Tuberkulose, Diphtheritis, den Typhus usw. erinnert, nicht unbeträchtlich erhöht. Nach dem Entwurf einer Wohnungsordnung des Staatskommissars für Wohnungswesen vom 6. Dezember 1918 wird unter den „Sozialen und gesundheitlichen Anforderungen“ verlangt: Jede Familienwohnung, in der außer den Eltern mehr als zwei Kinder untergebracht sind, soll mindestens aus zwei heizbaren Wohn- und Schlafräumen und einer Küche bestehen. In diesen Räumen muß so viel Raum vorhanden sein, daß auf jeden Bewohner über zehn Jahre mindestens 20 Kubikmeter Luftraum und 8 Quadratmeter Bodenfläche, auf Kinder unter zehn Jahren mindestens 10 Kubikmeter Luftraum und 4 Quadratmeter Bodenfläche kommen. Auch die Landarbeitersordnung vom 24. Januar dieses Jahres fordert ebenfalls: Jede Familienwohnung, in der außer den Eltern mehr als zwei Kinder untergebracht sind, soll mindestens aus zwei heizbaren, verschließbar und mindestens mit Bett, Tisch, Stuhl, verschließbarem Schrank und Waschgelegenheit ausgestattet sein.“ Wie weit wir in den größeren Orten von diesem „Idealzustand“ entfernt sind, darüber hat die Allgemeine Ortskrankenkasse von Berlin durch ihre Erhebungen wiederholt Material veröffentlicht. Nach den ärztlichen Feststellungen bedarf der Mensch beim Aufenthalt in der Wohnung stündlich einer

Luftmenge von 33 Kubikmetern, wenn die Luft gut bleiben soll und vorausgesetzt wird, daß stündlich eine einmalige Lüftung vorgenommen wird. Tatsache ist aber, daß mindestens die Hälfte der großstädtischen Einwohner einen solchen Normalzustand entbehren muß. („Reichsarbeitsblatt“ 1918, Nr. 11.) Et und diese Räume durch den Mangel an Querlüftung noch feucht. Dazu kommt im weiteren die Möglichkeit, daß von seiten der Schlafgänger Krankheitskeime ins Haus getragen werden, oder, daß umgekehrt diese Personen durch Familienkrankungen einer Infektion unterliegen.

Gewöhnlich wohnt die Arbeiterbevölkerung der Mittel- und Großstädte sowie der Industriecorte in den Hinterhäusern. Die Wohnung besteht aus einer Stube und Küche mit Korridor; im günstigsten Falle aus Stube, Kammer und Küche. Dabei wird dann die Küche, Kammer und wenn irgend möglich, noch der Korridor an Schlafjurichen oder -mädchen vermietet. Das enge Zusammenleben vieler fremder, oft nur für kurze Zeit einwohnender Menschen von verschiedener Art und Moral, bringt für diese selbst als auch für die Familie des Vermieters vielfach nicht geringe Gefahren im Hinblick auf Gesundheit und Sittlichkeit. Um solche Vermietungen zu ermöglichen, muß sich die Familie zur eigenen Nachtruhe oft große Einschränkungen auferlegen. Die Kinder schlafen zu zweien oder zu dreien in den Betten, oder werden auf den Fußboden gelagert. Nicht anders oft die Schlafleute, die in ähnlicher Weise mit der Nachtruhe abgefunden werden; denn die Nomaden des Wohnungswesens sind die Ledigen. Mit solchen Zuständen durch eine großzügige Wohnungsreform und Wohnungsaufsicht ein Ende zu machen, muß die Aufgabe des Reichsarbeitsamts und der Gemeinden sein. Aber nicht allein der jetzt so oft betonte Kleinhäusbau wird diese Mißstände beseitigen können, man wird auch mehr zu dem Bau von Stagengebäuden übergehen müssen. Denn wie vorauszu sehen, wird die unbedingt erforderliche Wohnungsaufsicht mit ihren Anforderungen dazu angetan sein, die Wohnungsverhältnisse für die Ledigen noch schwieriger zu gestalten als wie sie jetzt schon bestehen, und zwar ganz besonders für den größeren Teil der ertornlosen Jugendlichen und der schlecht bezahlten weiblichen Personen. Während der männliche Ledige noch in der Lage ist — zum Nachteil seiner geistigen Erziehung, außerhalb des Hauses in den Wirtschaften — oder sonstwo zu verbringen, läßt es das sittliche Ansehen, der gute Ruf der unverheirateten Frauen, Witwen und Mädchen nicht zu, ebenso zu verfahren. Ihre beschränkten Mittel verlangen die Instandhaltung der Garderobe und möglichst auch für die Speiszubereitung die Vermietung der Küche und die Kochgelegenheit des Vermieters. Daher kommt es auch, daß es den weiblichen Ledigen äußerst schwer wird, ein leidliches Unterkommen zu finden; denn Damenheime oder -pensionate sehen ihnen nicht zur Verfügung. Diese Schwierigkeiten vermehren sich von Tag zu Tag. Man muß erlebt und gesehen haben, mit welchem Verzweiflungsausbruch oft diese armen Frauen eine Mietersteigerung oder Kündigung ihrer Schlafstelle aufgenommen haben!

Um solchen unwürdigen Kulturzuständen ein Ende zu machen, gibt es nur ein Mittel: Das ist die unabwiesbare Beschaffung von Ledigenheimen. In dem Wohnungs- und Bauprogramm des Reichs, der Bundesstaaten und der Gemeinden muß auch die Wohnungsfürsorge der Ledigen durch die Erbauung von Ledigenheimen einen mehr sichtbaren Ausdruck

erhalten. Denn nur dadurch kann in sittlicher und gesundheitlicher Beziehung eine durchgreifende Reform des Wohnungswesens sichergestellt werden.

G. Heintze.

## Weiteres aus der Offenbacher Lederwarenindustrie!

Am Schlusse unseres Artikels in Nr. 9 unserer Zeitung über die letzten Vorgänge in der Lederwarenindustrie sprachen wir die Hoffnung aus, daß die damals noch in der Schwebe befindliche Lohnfrage baldigt gelöst werden möge, um schwere Erschütterungen zu vermeiden. Bis zu einem gewissen Grade haben sich diese Hoffnungen nunmehr verwirklichen lassen. Mit der ersten Lohnwoche des Monats März sind in der Portefeuille- und Reiseartikelindustrie folgende Mindestlöhne obligatorisch zu zahlen:

An Arbeiter von 19-21 Jahren 1 Mk. pro Stunde, von 21-25 Jahren 1,20 Mk. pro Stunde, über 25 Jahre 1,40 Mk. pro Stunde.

An Arbeiterinnen von 16-18 Jahren 0,40 Mk. pro Stunde, 18-20 Jahren 0,50 Mk. pro Stunde, über 20 Jahre 0,60 Mk. pro Stunde.

An Zuschneiderinnen und Stepperinnen über 18 Jahre alt 0,70 Mk. pro Stunde.

Diese Löhne sind unter allen Umständen auch den im Afford beschäftigten Arbeitern bzw. Arbeiterinnen zu garantieren, es sei denn, daß diese nachweislich hummeln bzw. die vorchriftsmäßige Arbeitszeit nicht einhalten.

So unzureichend diese Garantielöhne, gemessen an den heutigen Lebensverhältnissen, immer noch erscheinen, so muß leider festgestellt werden, daß bei dieser Regelung wohl der größte Teil der Lederwarenarbeiter noch eine zum Teil bedeutende Aufbesserung seiner Lohnverhältnisse erfährt. So traurig lagen die Lohnverhältnisse in der Lederwarenindustrie, der ersten Industrie Offenbachs, worauf wir ja auch schon in dem oben angezogenen Artikel hingewiesen haben. Die am 27. Februar stattgefundene Vertrauensmännerversammlung betonte sehr stark die Ungültigkeit der Abmachungen, stimmte ihnen schließlich aber mit geringer Mehrheit zu, um die so dringlichen Lohnregulierungen nicht noch weiter hinauszuschieben. Eine unmittelbar sich hieraus ergebende Notwendigkeit ist nun in vielen Betrieben eine gründliche Revision der Affordpreise, welche zum Teil um 100 und mehr Prozent erhöht werden müssen. Sind doch tatsächlich Betriebe vorhanden, in denen die Affordpreise noch dieselben sind wie vor zehn und mehr Jahren, so daß die dort schon ebenso lange beschäftigten Arbeiter, abgesehen von den geringfügigen Teuerungszulagen während der Kriegszeit, während all dieser Jahre ihre Verdienste nicht steigern konnten. Daß an solchen Zuständen auch die Arbeiter nicht ganz schuldlos sind, liegt auf der Hand, beweist aber die fast sprichwörtlich gewordene Bescheidenheit der Lederwarenarbeiter, die wir schon früher festgestellt haben. Nunmehr dämmert aber auch diesen Leuten so langsam die Erkenntnis und es steht zu hoffen, daß die Revolution auch an ihnen nicht spurlos vorübergehen wird und sie sich endlich auf ihre Menschenrechte besinnen. Kennzeichnend für den Geist der Unternehmer aber ist es, daß jetzt schon wieder viele versuchen, sich von der Zahlung der nun vereinbarten Mindestlöhne zu drücken, und die Arbeitererschaft wird ständig die Augen offenhalten

müssen, wenn ihr nicht auch dieses verhältnismäßig geringe Zugeständnis wieder zum Teil unter den Händen entweichen soll.

Nachdem nun die dringlichsten Lohnfragen unter Dach und Fach gebracht sind, bewegt die Kollegen und Kolleginnen eine andere und für die zukünftige Gestaltung unserer Industrieverhältnisse ungleich wichtigere Frage: Die Abschaffung bzw. stärkere Einschränkung der Heimarbeit. Dieser Krebschaden des ganzen Gewerbes, der wie ein ewig hemmender Klob stets die Arbeitererschaft an jedem wirksamen Aufstieg hinderte, muß endlich verschwinden. Darüber sind sich alle einig, die es ehrlich mit der Industrie und der Arbeiterjache meinen. Wieviel ist über die ungeheuren Schäden der Heimarbeit in unserem Verufe nicht schon geredet und geschrieben worden. Es ist mehr als genug, so daß es hier wirklich nicht mehr notwendig erscheint, auch nur noch ein weiteres Wort darüber zu verlieren. Seit Jahrzehnten kämpft die organisierte Arbeitererschaft einen verwegenen Kampf gegen diese verberbernde Seuche, seit langen Jahren ist man rastlos bemüht, wenigstens die schlimmsten und ekelhaftesten Auswüchse dieser verfluchten Produktionsform zu beseitigen. Noch spottet der Erfolg allen diesen Bemühungen. Wie der Schlange Hydra aus der griechischen Mythologie immer zwei Köpfe nachwachsen, wo man einen abgehauen hatte, so entstehen an dem Körper der Heimarbeit immer weitere Restbeulen, sofern man der einen energisch zu Leibe gehen will, wobei der ganze Kadaver immer übelriechender wird. Die meisten und besonders die besten unserer tariflichen Bestimmungen sind immer und immer wieder durch diese Ungeheuer illusorisch und wirkungslos gemacht worden. Mit zynischer Schamlosigkeit haben sich die vertragstreuen Unternehmer dieses verrotten Systems bedient, da es ihnen immer die erwünschte Gelegenheit bot, alle tariflichen Zugeständnisse zu umgehen und über den Haufen zu werfen. Und dieses Unverjammlische zu struppeloser Ausbeutung und Niederhaltung der Lederwarenarbeiterchaft wollen die Herren Fabrikanten auch in der Zukunft nicht entraten. Auch jetzt noch während der Uebergangszeit, für die sie sich zur äußersten Einschränkung der Heimarbeit verpflichtet haben, bevorzugen sie diese auf die auffälligste Art und Weise. Es gibt Fabrikanten, welche dem Demobilisationsausbruch der Lederindustrie die Ueberweisungen von Arbeitslosen einfach zurückschicken, mit der Begründung, daß sie nur Heimarbeiter einstellen; andere reden sich auf Platzmangel in den Betrieben heraus, um der Heimarbeit den Vorzug zu geben. Kurzum, von einer Einschränkung der Heimarbeit ist im Ernst noch recht wenig zu verspüren, und alles, was die Fabrikanten nach dieser Richtung versprochen, gedenken sie, wie schon so oft, auch diesmal wieder nicht zu halten. Da muß die Arbeitererschaft ganze Arbeit machen. Alles Klidwerk und Herumdoktern hilft nichts und macht die Sache noch schlimmer. Das Uebel muß mit der Wurzel heraus. Dazu aber gibt uns der Ablauf des Tarifvertrages für die Portefeuille- und Reiseartikelindustrie im Juni d. J. die erwünschte Gelegenheit. Die Vorverhandlungen, die in der Heimarbeitfrage schon im Januar d. J. mit den Unternehmern stattgefunden haben, führten, wie vorauszu sehen war, zu keinem Ergebnis. Mit Händen und Füßen haben sich die Herren gegen die Abschaffung der Heimarbeit gewehrt und waren um die Gründe ihrer Weigerung nicht verlegen. Wenn man ihnen glauben soll, so liegt die Bedeutung der berühmten Offenbacher Lederwarenindustrie lebendig

## Streiflichter einer aufgeregten Zeit.

Von Gg. Schäfer.

Freilich Ein Volk, das jahrhundertlang in den Fesseln tiefster Knechtschaft gehalten wurde, ist über Nacht zu neuem Leben erwacht. Die zerbrochenen Fesseln sind klirrend zu Boden gefallen, und die „gottbegnadeten“ Vertreter jener letzten Knechtschaftsperiode flüchten in alle Winde. Ein befreites Aufatmen geht durch die Reihen des Volkes, und die Hoffnung auf besseres Leben, die fast zum Phantom geworden war, beginnt wieder greifbare Gestalt anzunehmen. Aber im Rahmen der jungen Republik kann das Zukunftsglück der Menschheit nur seiner Verwirklichung entgegengeführt werden, wenn die vorhandenen Gegensätze innerhalb des arbeitenden Volkes überbrückt werden, wenn sich aller Augen auf das gemeinsame Ziel richten; sonst liegen die Errungenheiten des 9. November eines Tages zerbrochen am Boden und ein neuer Scherbenberg deckt den Hoffnungsschimmer kommender besserer Tage.

Das deutsche Proletariat hat zwar am 9. November mit der Gewaltpolitik früherer Machthaber aufgeräumt, aber an die Stelle jener Gewaltpolitik ist der Kampf des Proletariats untereinander getreten. Drei Rufe durchwirbeln unsere aufgeregten Tage: Sie „Mehrheitssozialisten“, Sie „Unabhängige“ und Sie „Spartakus“.

Kampf war die Lösung des Tages, als uns der Kapitalismus zusammenschweißte zu gemeinsamer, zäher Arbeit gegen diesen Tyrann; doch Kampf ist die Lösung auch heut, trotzdem die Arbeit den Meilen bezwang. Aber dieser Kampf ist beschämend für das deutsche Proletariat, das im Streit um den Weg das Ziel zu verlieren droht.

Die Wahlen zur Nationalversammlung, Hunderttausende von Flugblättern wandern auf der Straße von Hand zu Hand; fallen nieder und werden vom Winde weitergetragen, in den Rinnsteinen, an den Häuserfronten entlang; wieder emporgewirbelt, wollen sie immer aufs neue an unsere Pflicht erinnern. Die Häuser sind zu Anschlagtafeln geworden, und grellbunte Bilder hämmern auf jeden einzelnen ein, immer von neuem mahnend. In verqualmten Versammlungen wird erbittert für die Freiheit des Volkes gekämpft. Religionsbelebten flammen in den Versammlungen bürgerlicher Parteien, die sich demokratische Mäntel umgehängt haben, auf. Man buhlt um die Stimmen der Frauen, die man sonst in überhebender Weise an die Kochtöpfe verwies. Noch nie ward ein Wahlkampf in dieser Weise mehr auf der Straße als in Versammlungen ausgefochten, wo jeder seinen Papier nur den einen Schrei hat: Wählt! Wählt!

Hunderttausende von Arbeitslosen. Die Fabrik- schloten rauchen nicht mehr, und hinter blindgewordenen Scheiben rosten die Maschinen. weil es an Betriebsstoffen fehlt. Ein grauenvolles Elend steigt aus den Trümmern des Weltkrieges empor und droht uns zu zermalmen. Wir aber stehen mehrlos, trotzdem wir in unserer übergroßen Mehrzahl wissen, daß uns nur die Arbeit retten kann.

Deutschland hungert! Die Ernährungsverhältnisse werden infolge unsicherer politischer Verhältnisse und unsinniger Streiks immer schlimmer. Die Massensterblichkeit nimmt einen besorgniserregenden Grad an. Die Tageszeitungen werden zu Friedhöfen, und die Entente steht mit verdürfteten Armen und wartet auf das Verenden des Volkes. Sie will sich gegen den Volkswismus schützen, und ist durch ihre Haltung doch der beste Förderer desselben.

Deutschland streift! In der vorwärtstürmenden Zeit unserer Tage habe ich mir eine stille Stunde gestohlen. In einem Winkel meiner Mansarde sitzend, nehme ich wieder einmal Bellamys „Rückblick“ zur Hand. Wie schön ist es doch, einmal ins Land „Utopia“ hinüberzuwandern und an dem Glücke froher Menschen teilzunehmen. Die Scheußlichkeiten des Tages versinken, und die Sehnsucht nach einem bishen Glück hält uns gefangen.

in der Heimarbeit. Verschwindet diese, dann bricht diese Industrie rettungslos zusammen. Jede Exportmöglichkeit hört auf, die Konkurrenzfähigkeit der Fabrikanten ist dahin. Andere Städte und andere Länder überflügeln die Offenbacher Industrie, und die Produktion verschwindet von Offenbach. Den größten Schaden davon aber hätten letzten Endes die Arbeiter selbst. So die Fabrikanten. Wir wollen uns an dieser Stelle mit den vorgebrachten Beigerungsgründen der Unternehmer nicht weiter befassen. Sie sind zu fadenförmig, zu sehr an den Haaren herbeigezogen und zu oft widerlegt worden. Wir wollen auch nicht mehr hören von den Versicherungen der Herren Fabrikanten und ihrer Bereitwilligkeit, mit uns zusammen die schlimmen Auswüchse der Hausindustrie zu beseitigen. Wir wollen endlich das Hebel an der Wurzel fassen, jetzt oder nie. Und so haben wir auch bei diesen Verhandlungen keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Beseitigung der Heimarbeit und des fluchwürdigen Zwischenausbeuterumwegens die allererste und allerwichtigste Forderung bei den kommenden Tarifverhandlungen und die Hauptbedingung zum Abschluß eines neuen Vertrages für die Lederwarenindustrie sein wird. Bezeichnend ist aber hierbei, daß die christliche Arbeiterorganisation, welche sich bei unseren Erfolgen immer gerne ins Schlepptau nehmen läßt, in der Heimarbeitsfrage mit den Unternehmern durch dick und dünn geht und von einer Abschaffung der Heimarbeit nichts wissen will. Wenigstens hat deren Vertreter bei den oben genannten Verhandlungen sich völlig auf den Standpunkt der Unternehmer gestellt und rund heraus erklärt, daß er die jetzige Zeit für die allerungeeignetste für solche Experimente halte, die nur dazu angetan seien, der ganzen Industrie den Garaus zu machen. Also ein Blümchen „Nähr-mich-nicht-an“ ist ihm die Heimarbeit. Auch ein Standpunkt eines Arbeitervertreters, welcher uns allerdings nicht im geringsten irretieren kann. Wir wollen die endgültige Beseitigung dieses verwerflichen Systems, und wenn es nicht wieder ganz dunkel wird in Deutschland, wenn nicht wieder die finstere Nacht des Mittelalters über uns hereinbricht, dann wird auch die Gesetzgebung unser berechtigtes Streben unterstützen. Aber wir werden natürlich nicht warten bis die Gesetzgebung hintennach hinft, und werden nur einen Vertrag abschließen, der der Heimarbeit energisch zu Leibe geht. In diesem Bestreben stehen nicht nur die Werkstattarbeiter, sondern auch große Kreise der Heimarbeiter selber hinter uns. Arbeiten doch viele nur gezwungen zu Hause, weil man sie in die Werkstätten nicht einstellen will. Sie sind gern bereit, in die Fabriken oder Betriebswerkstätten zu gehen, weil sie die Schäden der Heimarbeit schon lange eingesehen haben. Zähneknirschend aber haben sie sich seither unter das veraltete System beugen müssen. Nur wenige noch sind es, die der Heimarbeit das Wort reden; besonders aber die, welche gewissenlos genug sind, um als Zwischenmeister ihre eigenen Arbeitsgenossen auszubenten und selber ein bequemeres Leben zu führen. Für solche Schmaroberpflanzen darf in Zukunft in der deutschen Wirtschaft kein Platz mehr sein, und darum darf die Lederwarenarbeiterschaft nicht rasten und ruhen, bis dieser Schmach ein Ende bereitet ist. Im Offenbacher Industriegebiet ist es ungleich schwerer als in Berlin, aber wir werden es schaffen, wir müssen es schaffen. Fort mit der Heimarbeit!

c. S.

Korrespondenzen.

**Dresden.** (E. 18. 3.) Am 4. März fand eine außerordentlich gut besuchte Mitgliederversammlung im Volkshaus statt. Das Referat über: „Was fordert die Zeit?“ hielt der Genosse Arbeitersekretär Böfel. Redner verstand es, in großzügiger Weise das Problem der Sozialisierung zu erläutern und die Anwesenden während seines ganzen Vortrages zu fesseln. Die darauf folgende Diskussion, an der sich eine Anzahl Kollegen beteiligte, befand sich ebenfalls auf der Höhe der Zeit und wurde besonders die erwünschte Wiedervereinigung der Arbeiterchaft zum Ausdruck gebracht. Der vorgerückten Zeit wegen wurden die übrigen Punkte der Tagesordnung mit dem Einverständnis der Versammlung zurückgestellt. Das Andenken der verstorbenen Mitglieder Könelk und Reimer wurde in der üblichen Weise durch Erheben von den Plätzen geehrt. Der Vorsitzende machte noch die Mitteilung, daß der bisherige Vorsitzende der Ortsverwaltung Berlin, Kollege Schulze, infolge der politischen Verhältnisse von seinem Posten zurückzutreten gewillt sei, und sprach ihm im Namen der Dresdener Kollegenchaft die volle Sympathie aus.

**Duisburg,** den 18. März 1919. Zwischen den organisierten Arbeitern der Firma Treibriemenfabrik Ernst Luchhaus, Duisburg, und dem Fabrikanten Herrn Ernst Luchhaus, Duisburg, ist folgender Tarif ohne jede Diskussion vereinbart worden: Gelernte Sattler, verheiratet, 2 30 Mk., solche über 25 Jahre 2 30 Mk., von 20 bis 25 Jahren 2 10 Mk., von weniger als 20 Jahren 1 80 Mk.; Ungelernte, verheiratet, 2 Mk., solche über 25 Jahre 2 Mk., von 20 bis 25 Jahren 1 70 Mk., von 17 bis 20 Jahren 1 50 Mk., von weniger wie 17 Jahren 0 80 Mk. und mehr Stundenlohn. Dieser Tarif hat Gültigkeit bis zum Erscheinen des Reichstarifes.

**Strassund.** (E. 20. 3.) Am 15. März tagte im Gewerkschaftshaus unsere Mitgliederversammlung, die aber sehr schwach besucht war. Die Tagesordnung lautete: Wahl des Vorstandes, Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes. Zum Bevollmächtigten wurde Kollege Wegner und zum Kassierer Kollege Sobemann gewählt, der auch gleichzeitig Kartelldelegierter wurde. Ein Kollege wurde neu aufgenommen und einer meldete sich zum Militär zurück. Das ist der fünfte, der sich wieder zurückgemeldet hat. Leider halten es noch verschiedene Kollegen nicht für nötig, sich unserer Sache wieder anzuschließen. Es wurde beschlossen, die Versammlung jeden ersten Sonnabend nach dem 1. um 8 Uhr abzuhalten.

**Zwickau i. S.** (E. 20. 3.) Einen erfreulichen Zuwachs hat unsere Ortsverwaltung zu verzeichnen durch die gemeinschaftliche Agitation der Verbände der Sattler und Portefeuller, sowie Tapezierer und verwandte Berufsarbeiter, da beide Ortsverwaltungen in den Händen des Kollegen Reinhold sind. Am 5. Januar wurde die erste diesjährige öffentliche Versammlung abgehalten über Tarifverhältnisse, welche einen sehr guten Besuch aufweisen konnte. Sodann wurde eine Kommission gewählt zum Ausarbeiten des Tarifes für sämtliche Sattler und Portefeuller, sowie für Tapezierer und verwandte Berufsarbeiter von Zwickau, Merdau und Umgegend. Dieser Tarif wurde durch mehrere Versammlungen und Sitzungen und zwei Verhandlungen am 28. Februar zustande gebracht und am 1. März in Kraft gesetzt.

Zweige. Männer Frauen und Kinder fragen hier nicht nach Recht und Gesetz, denn die Not ist ein rücksichtsloser Antreiber. Der Wald steht an manchen Stellen aus, als hätten Granaten ihr verderbliches Spiel getrieben. Die wilden Bernarbeiterkreise üben ihre Rückwirkung auf die ärmsten der Armen aus, die zum letzten Mittel, der Selbsthilfe, greifen, denn Deutschland friert — trotz seines Kohlenreichtums.

Deutschland tanzt! Ueber die Plakatafeln hüpfen lustige Amoretten in dünn-durchsichtigen Gewande. Der Annoncenteil der Zeituna gehört der Pallmusik. Man kann es dem Volke nachfühlen, daß es all das Glend rinosum einmal verstehen will, daß es einmal eine Stunde für sich haben will. Aber manchmal scheint es der wahnsinnige Tanz am Rande des Abgrundes zu sein, zu dem der Tod selber den Reigen spielt.

Jeder gönnt dem Volke einmal diese Stunde des Anspannens; aber nicht alle Töne dieses verzweifelten Spiels, in dem das Interesse für unser Zukunftswerk zu erlahmen droht.

Schmach lebt noch immer. Auch im Zeichen der Revolution feiert er seine Triumphe. Beschnüffelte

1. Die Arbeitszeit beträgt 8 Stunden pro Tag, also pro Woche 48 Stunden.
2. Der Lohn für Ausgelernte beträgt im ersten Jahr 80 Pf. pro Stunde, dann bis zum 21. Jahre 1,15 Mk. pro Stunde. Vom 21. Jahre ab 1 55 Mk. pro Stunde. Sämtliche Löhne sind Mindestlöhne. Hilfsarbeiter, die dem gelehrten Arbeiter gleiche Arbeit leisten, sind auch mit gleichem Lohn zu bezahlen.
3. Für Ueberstunden wurde ein Zuschlag von 25 Proz. von abends 8 Uhr und Sonntags 50 Proz. erzielt.
4. Für auswärtige Arbeiten wird Bahnfahrt vergütet.
5. Die Auslosung erfolgt nach Uebereinkunft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.
6. Die Lohnzahlung bleibt jeder Werkstatt überlassen, aber vor Arbeitschluß.
7. Die Werkstatt wird täglich gereinigt, Waschgelegenheit muß je nach Belegschaft vorhanden sein.
8. Privatarbeiten der Gehilfen sind streng zu unterlassen.
9. Grobe Dreifarbeiten in der Werkstatt haben zu unterbleiben.
10. Wegen Zugehörigkeit zur Tarifkommission und Organisation darf eine Maßregelung nicht stattfinden.
11. Es besteht eine Schlichtungskommission aus 4 Arbeitgebern und 4 Arbeitnehmern, welche bei vorliegenden Streitfällen und Nachträgen regelnd eingreift.
12. Der zum Abschluß gebrachte Tarif läuft vom 1. März ab bis auf unbestimmte Zeit mit einmonatiger Kündigungsfrist und wird sichtbar in jeder Werkstatt ausgehängt.

Am 2. März war wiederum eine öffentliche Versammlung nach dem Restaurant Brauerischlöcher einberufen, welche aber nur mäßig besucht war. Auch hier konnte man die Flaubeit der Kollegen bei den Zeitverhältnissen und einer so wichtigen Tagesordnung bemerken. Kollege Stark hielt das Referat über die Verhandlung und Abschluß des Tarifes. Die Kollegen wurden hierauf streng angewiesen, nicht unter anderen Vereinbarungen zu arbeiten, welche dem Tarife zuwiderlaufen. Hierauf ging Kollege Reinhold zum 2. Punkt, Verbandsangelegenheiten, über. Gewählt wurde Kollege Kubas als Vertreter für Tapezierer im Gewerkschaftskartell und Kollege Farber als Vertreter für Tapezierer im Demobilisierungsausschuß, da Kollege Reinhold schon als Vertreter für Sattler und Portefeuller im Kartell und als Vertreter für sämtliche Lederarbeiter im Demobilisierungsausschuß ist. Weiter wurden die Kollegen Benisch (Sattler) und Stark (Tapezierer) als Revisoren gewählt. Für die Bibliothek wurde Kollege Rente gewählt. Vorsitzender Reinhold beantragte, einen weiteren Lokalbeitrag von 5 Pf. zu erheben, da bei den jetzigen teuren Verhältnissen die Lokalkasse nicht standhalten kann. Dem Antrage wurde aber von einem Kollegen widersprochen, worauf alle Redner sofort eingingen mit dem Bemerkten, daß die Hauptkasse infolge erhöhter Beiträge auch an die Ortsverwaltungen mehr abzuführen hätte. Vors. Reinhold bemerkte, wenn man Ausgaben bewilligt, muß man auch Einnahmen bewilligen. Hierauf wurde die nächste Versammlung bekanntgegeben, welche am 6. April, vormittags 10 10 Uhr, im „Goldnen Weder“, Neuhäuser Leipziger Straße, stattfindet, und die Kollegen aufgefordert, für einen starken Besuch zu sorgen. Kollege Reinhold gibt noch den Mitgliederbestand vom

er früher die „höchsten“ und „allerhöchsten“ Herrschaften, so verschwendet er diesmal seine Blüten an die Männer, die heute die Geschicke des Volkes in der Hand halten. Aber früher lebte der Schmach nur in den bürgerlichen Blättern, und wir sahen über seine Verrenkungen lachend hinweg. Heute aber finden sich bedauerlicherweise auch proletarische Blätter und Zeitschriften dazu bereit. — In Heft 2 des „Arbeiterrats“, dessen Schriftleitung in den Händen E. Däumigs liegt, findet sich folgende „Blüte“:

„Man muß in dieses Gesicht gesehen haben, um zu verstehen, daß kalte Grausamkeit uns jetzt regiert — in das Gesicht des „Oberbretschlshabers“ Postle nämlich. Die harte Remurenhaft der Wangen, die hinterhältig verdeckten Augen, die großen, abstehenden Hakenlöcher — das sind so einige untrügliche Beweise für den Psychophysiognomiker, an denen er das lebensfeindliche, mitleidlose Naturell erkennt.“

Mag es genug sein des grausamen Spiels, das uns jeden Tag von neuem soppt und narret. — Unterdessen feiert Spartakus wahnsinnige Triumphe feitallicher Grausamkeit in der Reichshauptstadt. Wir aber leben und tanzen weiter um den Krater des Vulkans, dessen glühende Lava uns dem Wahnsinn nahe bringt, wenn nicht endlich die Gesamtheit des Volkes sich auf ihre Pflicht als Mensch befinnt.

Das ist die Utopie.

Die Wahrheit ist etwas anderes. Wilde Streiks durchsuchen den Wirtschaftskörper Deutschlands. Wahnsinnige, unverantwortliche Elemente benützen die Not des Volkes, um es zu unsinnigen Handlungen zu veranlassen. Die Spartakisten schreden vor keinem Terror zurück, um dem Volke ihre „menschheitsbeglückenden“ Ideen zu propagieren. Und die Folgen sind Streiks der Verarbeiter in allen Gegenden Deutschlands, die andere Berufsgruppen nach sich reißen. Aber heut streikt nicht nur der unbesehene Teil des Proletariats, auch das Bürgertum greift als Gegenmaßregel zu diesem Mittel. Handwerker, Kaufleute, Rechtsanwälte, Ärzte, Apotheker, Lehrer und Beamte, alles streikt, und alle behaupten, es im Interesse des Volksganges zu tun. Die Revolution wird zur Lohnbewegung erniedrigt, und die Arbeiter, die sich zu solchen Zwecken hergeben, wollen nicht merken, daß sie damit zum Totengräber ihrer eigenen Ideale werden.

Deutschland friert! Manchmal flüchte ich aus dem rasenden Getriebe der Großstadt hinaus in den Wald; nur um nicht immerfort die Klageslieder dieser ewigen Lebensmisere zu hören. Aber ich komme aus dem Regen in die Traufe. Man braucht nicht weit in den Wald hineinzugehen, da hört man das Knirschen der Sägen und das Brechen der

vierten Quartal 1918 bekannt. Die Sattler und Portefeuller sind von 10 auf 80 Mitglieder gestiegen und die Tapezierer von 2 auf 30 Mitglieder. Ferner wurden noch zum Schluß die Kollegen aufgefördert, für rege Agitation zu sorgen, um auch die letzten Fernstehenden zu gewinnen, damit unsere Ortsverwaltungen auf das Doppelte kommen.

## Rundschau.

**Hat die Regierung schon sozialistische Arbeit geleistet?** In Arbeiterkreisen ist vielfach die Meinung vorherrschend, die Regierung habe sozialistische Arbeit noch nicht geleistet. Angesichts dessen verlohnt es sich, andeutungsweise aufzuführen, was bis jetzt geschehen ist, wenn auch von uns zugegeben wird, daß schon mehr hätte geschehen können. Es wäre aber falsch, die Regierung allein als schuldigen Teil zu bezeichnen. Denn auf das Gelingen kommt es doch nicht an, es muß die Aus- und Durchführbarkeit sichergestellt werden. Dazu bedarf es aber nicht nur der Gesetze, Verordnungen und Dekrete, sondern auch der Rohstoffe und ausreichender Volksernährung, um die nötige Arbeitskraft zu ermöglichen.

**Was hat nun die Regierung bisher geleistet?**

Die erste Tat der Regierung war, daß sie die Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbeordnung wiederherstellte, daß der Achtstundentag eingeführt wurde; in einer weiteren Verordnung die Arbeitszeit bis zu 30 Stunden die Woche herabgesetzt werden konnte; die Sicherung des Koalitionsrechts gewährleistet, das Versammlungsrecht freigestellt, die Regelung der Tarifverträge, die Einführung von Schiedsgerichten bei Lohnstreitigkeiten angeordnet wurde und schließlich sogar der Achtstundentag im Eisenbahnbetrieb mit der Maßgabe eingeführt wurde, daß im Monat nicht mehr als 208 Stunden Dienst verrichtet werden sollen. Ob das alles nichts ist und man zu der Behauptung kommen kann, in Arbeiterfragen habe die Regierung nichts getan, dürfte nach der nicht vollständigen Aufzählung dieser Zugeständnisse auf dem Gebiete der Sozialpolitik doch wohl sehr in Zweifel zu ziehen sein.

In enger Verbindung mit diesen Fragen des Arbeiterschutzes geht die Fürsorge für die Kriegsteilnehmer. In einer Verordnung vom 9. Januar 1919 wird festgelegt, daß in allen öffentlichen und privaten Betrieben, Bureau und Verwaltungen mindestens auf je 100 Beamte, Angestellte und Arbeiter ein Beschädigter zu beschäftigen ist; für die Landwirtschaft ist die gleiche Anforderung bei 50 Beschäftigten gestellt. Die Entlassung solcher Schwerbeschädigten darf nur mit Anhören der Arbeitnehmerausschüsse erfolgen. Die Renten sind um 33 1/2 bis 100 Proz. erhöht. Die Wiedereinstellung der vom Heeresdienst Zurückkehrenden ist einer Bevorzugung unterworfen. Um die große Ueberlastung des Arbeitsmarktes zu erleichtern, ist die Organisation des Arbeitsnachweises auf neue Grundlagen gestellt, die Arbeitslosenunterstützung einer Regelung unterworfen, die in der Gewährung von Unterstützung über das Maß dessen hinausgeht, was gegenwärtig von Reich und Gemeinden getragen werden kann.

Für die Landarbeiter ist sofort die Gefindeordnung aufgehoben, das Koalitionsrecht wie den übrigen Arbeitern ihnen zugestanden; in neuerer Zeit der Anspruch auf Lohn, Naturalleistungen geregelt. Im Streitfall ist die Schlichtung einem Gerichtsverfahren überwiesen, das dem der Gewerbe gerichte gleichkommt. Man ist weitergegangen und hat selbst Bestimmungen über die Arbeitszeit in der Landwirtschaft festgelegt, obwohl sicherlich gerade hier die Durchführung sehr schwierig ist. Die Ueberstundenarbeit muß besonders vergütet werden.

In der Siedelungsfrage ist durch Verordnung vom 29. Januar die Schaffung lebensfähiger Bauernstellen vorgesehen, zur Durchführung einer großzügigen Bodenreform soll die Enteignung eines Teiles der großen Besitzungen vor sich gehen.

Die Frage der Wohnungsnot ist in einer sehr umfangreichen Verordnung vom 15. Januar 1919 behandelt. Die Enteignung von Grund und Boden wird im Interesse des Wohnungsbaues erleichtert, das Erbbaurecht ist reformiert, und schließlich sind von der Nationalversammlung 300 Millionen Mark bewilligt, um den Wohnungsbau zu fördern. Die Einzelstaaten werden dem erhebliche Summen hinzufügen. Es ist klar, daß die Wohnungsnot vor allem bekämpft werden kann durch eine rege Bau-tätigkeit. Was nützen aber alle Verordnungen — und wären sie noch so schön —, wenn diese Verordnungen nicht ausgeführt werden können. Bevor wir keine Baumaterialien haben, uns die Vergarbeiter nicht die Kohlen für die Ziegeleien liefern, keine Arbeitskräfte für die Ziegeleien vorhanden sind, die Transportmittel für die Herbeiführung des Materials versagen, werden alle die hier genannten

Mittel keine Wirkung haben. Es fehlt also nicht an entscheidenden Akten, sondern an Arbeit und Material.

Auch die Sozialisierung der dazu reifen Betriebe ist, wie wir in einer der letzten Nummern bereits berichten konnten, in Angriff genommen.

Schon die Aufzählung dieser gesetzgeberischen Maßnahmen zeigt, daß der gute Wille bei der Regierung vorhanden ist. Die Verwirklichung wird um so eher vor sich gehen, je mehr die Arbeiterschaft sich geschlossener hinter die Regierung stellt.

**Konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion.** Das fünfundsanzigjährige Bestehen der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine bietet Anlaß, den Gewerkschafter auf die Eigenproduktion der Großeinkaufsgesellschaft hinzuweisen. Die Entwicklung treibt alle Teile konsumgenossenschaftlicher Organisation an die beiden Hauptquellen privatkapitalistischen Gewinns, an Güterverteilung und Güterherstellung. Diesem genossenschaftlichen Entwicklungsgesetze folgend, gelangte auch die deutsche Großeinkaufsgesellschaft zur Eigenproduktion. Mit der Kaffee-rösterei beginnend, ist die Großeinkaufsgesellschaft auch auf diesem Gebiete Schritt für Schritt vorwärtsgang. Vielleicht möchte das Tempo manchem Beobachter zu langsam scheinen, allein es handelte sich ja um den Aufbau der genossenschaftlichen Eigenproduktion und nicht etwa um die Durchführung einer privatkapitalistischen Spekulation. Genossenschaftlich arbeiten heißt eben: Planvoll den gegebenen Bedarf zu decken und nicht etwa, mit unregelmäßigen Mitteln die unbekanntesten Marktbedürfnisse befriedigen. Diesen gegebenen Bedarf galt es zunächst so groß zu gestalten, daß die genossenschaftliche Eigenproduktion vom Beginn an rationell war. Diese Forderung bestimmt immer das Tempo in der Entwicklung der genossenschaftlichen Eigenproduktion.

Heute, nach immerhin wenigen Jahren, darf die Großeinkaufsgesellschaft stolz auf ihre kräftig erblühten Eigenproduktbetriebe blicken. Im Jahre 1910 gingen die Betriebe der Tabakarbeitergenossenschaft in Hohenheim, Frankenberg und Hamburg in den Besitz der Großeinkaufsgesellschaft über. Im gleichen Jahre wurde die Seifenfabrik in Gröba-Miesja eröffnet. Im Herbst 1912 wurde in der Zündholzfabrik in Lauenburg (Elbe) nach umfangreichen Neubauten und Neuanschaffungen von Maschinen mit der Herstellung von Zündhölzern begonnen. Im Jahre 1913 erfolgte die Angliederung der Nordhäuser Kautschubarbeiter-Genossenschaft. Im Jahre 1914 wurde die zweite Seifenfabrik in Düsseldorf in Betrieb genommen. In Gröba-Miesja erfolgte auf dem Gelände der Seifenfabrik die Errichtung einer Leigwarenfabrik, einer Kistenfabrik und einer Motrichfabrik. Mit dem Beginn des Krieges schloß dann die Periode der Errichtung von Eigenproduktbetrieben durch die Großeinkaufsgesellschaft ab. Aber schon weit sichtbar war die Bedeutung dieses Zweiges konsumgenossenschaftlicher Tätigkeit geworden. Der Wert der im Jahre 1913 aus der Eigenproduktion der Großeinkaufsgesellschaft hervorgegangenen Fabrikate betrug 10 089 314 Mk. Die Steigerung gegen das Vorjahr belief sich auf 1 861 520 Mark. In diesen genannten Betrieben wurden 1914 im ganzen — die Einberufungen der letzten fünf Monate des Jahres machten sich schon bemerkbar — 1332 Personen beschäftigt. Der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter stellt an die konsumgenossenschaftlichen Produktbetriebe die selbstverständliche Frage: Wie steht es in diesen Betrieben mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen? Hier darf die Großeinkaufsgesellschaft mit Stolz antworten, daß sie vom Anfang ihrer Tage ehrlich daran gearbeitet hat, mit den beteiligten Gewerkschaften zusammen ein Tarifwerk zu schaffen, das alle Beschäftigten umfaßt. Der tarifliche Arbeitsvertrag ist die neueste Grundlage des Arbeitsverhältnisses. Die Großeinkaufsgesellschaft trat ohne Vorbehalte auf diese Grundlage, was die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gern anerkennen.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes

Am 1. April d. J. beträgt der wöchentliche Beitrag für männliche Mitglieder in Hamburg 1,00 Mk., in Breslau 90 Pf. Für weibliche Mitglieder in beiden Verwaltungenstellen 50 Pf.

## Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

An die Ortsverwaltungen!

Das Abrechnungsmaterial für das erste Vierteljahr 1919 und die gelbe Karte für Arbeitslosenaufnahme sind in den letzten Tagen an die Adressen der örtlichen Kassierer abgegangen.

Die Abrechnung und die Gelder sind spätestens bis zum 15. April, die gelbe Karte bis zum 7. April einzufenden.

## Kriegsstatistik.

Am 29. März wird voraussichtlich die letzte Kriegsstatistik aufgenommen. Die gelbe Karte und der Berichtsbogen sind genau auszufüllen und bis spätestens den 7. April an die Hauptverwaltung einzufenden. Die Berichte sind auch dann einzufenden, wenn Veränderungen nicht eingetreten sind.

## Adressenänderungen.

Stralsund. B.: F. Wegner, Fährhof 6. K.: H. Godemann, Gartenstr. 25 11.  
Zeit. B.: Hermann Keller, Donaliesstr. 13.

## Sterbetafel.

Berlin. Am 5. März verstarb unser Mitglied Eugen Schneider, 72 Jahre alt.  
Ehre seinem Andenken.

## Bekanntmachung.

Zentral-Frankenkasse der Sattler, Portefeuller u. Berufsge nossen Deutschlands in Berlin (V. u. G.)

Verwaltungsstelle Berlin.

Vom 1. April ab befindet sich unser Kassensolal nicht mehr bei Glaue, sondern Roststraße 6 bei Sasse. Kassensstunden: Jeden Sonnabend von 7—9 Uhr.  
Der Vorstand.

In einem großen Kirchdorfe im Kreise Liebenwerda ist mit über 200 Pferden

## ein schönes Grundstück

zu verkaufen oder auch zu verpachten, welches für einen Sattler eine selten günstige Gelegenheit bietet, eine sichere Existenz zu gründen, da ein Sattler seit Anfang des Krieges nicht am Orte ist. Darauf Reflektierende wollen sich sofort an Herrn Kaufmann Winter in Gröden wenden.

# Werkmeister

mit besten Empfehlungen, in der Herstellung von Koffern, Handtaschen und in der Lederwarenbranche vollständig vertraut, in dauernde Stellung sofort gesucht.

H. Lilles, Lederwarenfabrik,  
Leipzig-Stötteritz, Eichstädtstraße 9.

## Fachbücher für Sattler.

**Kausch**, Der Waagenfabrikant, broschiert 11,15 Mk., gebunden 14,75 Mk.  
**Bergerhoff**, Der moderne Tapezierer, broschiert 9,85 Mk., gebunden 11,75 Mk.  
**Morawick**, Der Sattlerlehrling, 1 Mk.  
**Kausch**, Der praktische Sattler, broschiert 14,75 Mk., gebunden 17,50 Mk.  
**Weißbach**, Der Automobil- und Luftschiffattler, broschiert 5,05 Mk., gebunden 6,85 Mk.  
**Kreuer**, Die Schule des Tapezierers, broschiert 4,85 Mk., gebunden 12,95 Mk.  
**Schlüter**, Zuschneiden der Sattler-, Miemer- und Tischnerarbeiten, in Mappe 9,85 Mk.  
Bei Einlieferung des Betrages portofreie Zusendung.  
**Joh. Sassenbach**, Berlin 16,  
Graelufer 15.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität  
**Bruno Steffen**, Berlin SW. 19,  
Lindenstr. 63.  
Gegründet 1880.  
Spezialisten S. P. gratis und franco.